

Kandidatenbefragung zur Bundestagswahl 2025
Forum Hegau Bodensee
zum Thema regionale Energiepolitik

Das Forum Hegau Bodensee setzt sich seit einem Jahrzehnt mit inzwischen fast 8.000 Unterstützern und einem Gremium anerkannter Fachbeiräte als Plattform der regionalen Bürgerinitiativen zu den Themen für nachhaltige Politik im Umgang mit Landschaft, Menschen, Wirtschaft und Natur ein.

Das Forum behandelt politische Themen, ist aber überparteilich und unabhängig. Als ehrenamtliche Bürger geht uns um reale Inhalte und um die Werte der Region. Wir haben bewusst sehr konkrete Fragen gestellt, um ausweichende Antworten zu vermeiden. Bitte urteilen Sie selbst, wer klare und deutliche Antworten gegeben hat:

Prolog 1: Das Umweltministerium Baden-Württemberg dokumentierte: *„aufgrund vergleichsweise niedriger Windgeschwindigkeiten, nur eingeschränktes Potential für den Ausbau der Windkraft im Kreis Konstanz. Ungeachtet dessen können einzelne Standorte die Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Betrieb erfüllen.“*

(Umweltminister Untersteller (Grüne) Parlamentarische Anfrage, hier zum Originaldokument: <https://forum-hegau-bodensee.de/ministerium-bw-geringes-potenzial-windkraft-kreis-konstanz>).

Wenn eine Sache amtlich festgestellt aus physikalischen Gründen kein angemessenes Potential bietet, ist eine wirtschaftliche oder versorgungstechnische Begründung in einer sorgfältigen Werteabwägung nicht gegeben. Insbesondere nicht, wenn die Region dadurch erhebliche Schäden und Beeinträchtigungen erleiden soll.

Frage 1: Werden Sie den ausschließlich durch höhere Subventionen getriebenen Bau, von Windrädern mit vergleichsweise niedrigem Potential, im Hegau und am Bodensee befürworten; oder diese marktverzerrenden Anreize abschaffen?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch, MdB (FDP):

Die Ergebnisse des Umweltministeriums Baden-Württemberg müssen wir ernst nehmen. Da unser Landkreis zu den windärmeren Regionen zählt, müssen Standorte für Windkraft hier ganz besonders sorgfältig ausgewählt werden.

Die Energiewende war leider nie ein in sich schlüssiges Konzept. Ein einseitiger Fokus auf Windkraft ist in unserer Region nicht zielführend, da die wirtschaftliche Tragfähigkeit und der tatsächliche Beitrag zur Energieversorgung fraglich sind.

In windschwachen Regionen sollten wir verstärkt auf alternative Technologien setzen. Außerdem ist der Ausbau erneuerbarer Energien nur dann sinnvoll, wenn gleichzeitig die nötigen Speicherkapazitäten und das Stromnetz ausgebaut werden. Genau hier liegt aktuell die größte Herausforderung – ein einzelnes Windrad mehr oder weniger löst die ungelösten Fragen der Energiewende nicht.

Die Regionalplanung muss daher angepasst werden, um eine echte Technologieoffenheit zu ermöglichen und den Gegebenheiten vor Ort gerecht zu werden. Nur so können wir eine Energiepolitik gestalten, die sowohl nachhaltig als auch wirtschaftlich tragfähig ist und von den Menschen vor Ort mitgetragen wird.

Andi Jung, MdB (CDU):

*Ich teile die Auffassung des baden-württembergischen Umweltministeriums:
„Durch vergleichsweise niedrige Windgeschwindigkeiten in großen Teilen des Landkreises besteht nur ein eingeschränktes Potenzial für den Ausbau der Windkraft im Landkreis Konstanz. Ungeachtet dessen können einzelne Standorte die Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Betrieb erfüllen.“ (S.6 des oben verlinkten Dokuments)*

Zur Frage der Standorte gilt: Der Bund setzt den Rahmen, entscheidet aber nicht, wo vor Ort Windräder kommen können. Die Rahmensetzung der Ampelkoalition mit dem „Wind an Land-Gesetz“ ist allerdings falsch.

Ich habe mit meiner Fraktion gegen dieses Gesetz gestimmt. Denn damit werden starre Flächenziele zentral normiert, die nun über die Länder und die Regionalplanung umgesetzt werden müssen. Wir hatten von Robert Habeck gefordert, eine breite Verständigung mit Ländern und kommunalen Spitzenverbänden über den richtigen Weg anzustreben. Stattdessen hat er seinen Ansatz ohne einen breiteren Konsens zu suchen mit der Ampelmehrheit durchgesetzt. Wir hatten eine solche Einbeziehung gefordert, da die Umsetzung ja vor Ort erfolgen muss. Aus demselben Grund habe ich auch Respekt vor den Entscheidungen kommunaler Vertretungen.

Wir stellen dem Ansatz der Ampel unser Konzept entgegen: Statt einem Flächenziel für Windkraft ein Ökostrom-Ziel - auch erfüllbar durch Sonne, Bioenergie oder Wasserkraft. Denn jede Region ist anders und hat unterschiedliche Potenziale.

Die gesetzlichen Vorgaben für die Regionalplanung müssen so geändert werden, dass es eine neue Offenheit gibt: Wir setzen Ziele für klimafreundliche Energieerzeugung, geben aber nicht bestimmte Technologien vor.

Wilhelm-Ulrich Sander (Freie Wähler)

Technologieoffenheit und dezentralen Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen im Zusammenhang mit Speichertechnologie sind eminente Voraussetzungen für unsere Industrienation.

Folglich setzen wir uns für eine Revision der Regionalplanung auch für unsere Region ein. Keine Energiequelle soll dabei ausgeschlossen werden, die allein oder im Mix mit anderen die Energieversorgung für Wirtschaft und Bürger absolut gewährleistet.

Dr. Lina Seitzl, MdB (SPD)

Vorhandene Flächen müssen effizient genutzt werden, das heißt Windkraftanlagen aber auch PV-Anlagen dürfen nur dort gebaut werden, wo eine Nutzung der Fläche sinnvoll ist. Da die Betreiber und Projektierer große Beiträge langfristig investieren, wird jeder Standort auf Wirtschaftlichkeit gründlich geprüft.

Thorsten Otterbach (parteilos) Direktkandidat

Eine Korrektur der Regionalplanung ist zwingend geboten: Prof. Dr. Michael Thorwart (studierte in Tübingen Physik, seit 2010 am 1. Institut für theoretische Physik der Universität Hamburg tätig) geht davon aus, dass der Windatlas Baden-Württemberg aus dem Jahr 2019

20 bis 30 % mehr Wind vorhersagt als in der Realität vorhanden ist.

An der Grenze zu Bayern wurden direkt an der Landesgrenze 20 Standorte untersucht. Hierbei wurden vollkommen unrealistische Unterschiede von bis zu 80 % zwischen dem Windatlas Baden-Württemberg aus dem Jahr 2019 und dem Windatlas von Bayern aus dem Jahr 2021 festgestellt. Selbstverständlich fordere ich Technologieoffenheit. Denkverbote wie im Mittelalter können niemals zur besten Lösung führen.

-----2-----

Prolog 2: Der Anteil des aus erneuerbaren Energien erzeugten Stroms soll nach EEG 2021 bis zum Jahr 2030 auf 65 % steigen (§ 1 Abs. 2 EEG 2021). Diese Anforderung wurde in unserer Region (Hochrhein Bodensee - ursprüngliche Netzregion Badenwerk) durch die Versorgung mit grundlastfähigem Strom aus der Wasserkraft des Rheins (Schweizer Quote) schon immer überschritten und wurde in den letzten Jahren mit massivem Ausbau von Solar und Biogas sogar erheblich gesteigert, das heißt die geforderte Quote ist mehr als erfüllt.

Frage 2: Werden Sie der künftigen Bundesregierung eine Gesetzesänderung vorschlagen, welche die Unterschiedlichkeit der Regionen in Bezug auf ihre Quotenerfüllung und physikalischen Potenziale berücksichtigt und so z.B. die Region Hegau-Bodensee von Windradpflicht befreit?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch, MdB (FDP):

Kurz und knapp: ja.

Denn gesetzlich vorgegebene Ausbaupfade für einzelne Technologien erfüllen nicht ihren vermeintlichen Zweck – weder in der Bodensee-Region noch in anderen Teilen Deutschlands. Deshalb setze ich mich selbstverständlich für eine technologieoffene Herangehensweise ein, die es ermöglicht, die jeweils effizientesten und nachhaltigsten Energiequellen zu nutzen, ohne auf bestimmte Technologien wie Windkraft festgelegt zu sein.

Andi Jung, MdB (CDU):

Jede Region ist anders und in jeder Region gibt es unterschiedliche Potenziale für erneuerbare Energien. Im Norden gibt es mehr Wind, bei uns im Süden mehr Sonne. Darauf müssen die Vorgaben ausgerichtet werden.

Deshalb müssen die gesetzlichen Vorgaben der Regionalplanung so geändert werden, dass es ein Ziel für erneuerbare Stromerzeugung statt Vorgaben für bestimmte Technologien gibt. Entscheidend ist der Beitrag einer Region zur regenerativen Energieerzeugung, nicht die Frage welche Technologie in welchem Umfang dabei zum Einsatz kommt.

Wilhelm-Ulrich Sander (Freie Wähler)

Um das Ausbauziel im nationalen Energiemix zu erreichen, müssen regionale Stärken mobilisiert und regional unterschiedliche Strategien verfolgt werden.

Wenn eine neutrale und technologieoffene Expertise nahelegt, dass unsere Region die Anforderungen zu den erneuerbaren Energien auch in Zukunft durch einen Energiemix ohne

Windräder erfüllen kann, ist dies zu unterstützen.

Dr. Lina Seitzl, MdB (SPD)

Die Berücksichtigung regionaler Unterschiede wird bereits jetzt im Planungsverfahren berücksichtigt. Es werden nur solche Flächen ausgewiesen, die sich wirtschaftlich lohnen und so konfliktarm wie möglich einen Ausbau ermöglichen. Viele Flächen sind für Landwirtschaft und Naturschutz wertvoll. Deswegen geht es auch darum, hier Zielkonflikte zu vermeiden und die besten Lösungen zu finden. Das passiert in den regionalen Planungsverfahren.

Thorsten Otterbach (parteilos) Direktkandidat

Eine pauschale Pflicht zur Erstellung von Windindustrieanlagen in allen Regionen Deutschlands ist genauso unsinnig wie eine Schneekettenpflicht für alle Autos in allen Regionen in Deutschland im Winter. Die Gesetze sind daher zwingend zu ändern. Für mich ist neben der Technologieoffenheit auch die Wirtschaftlichkeit und die Erhaltung der permanenten Deckung der Energiegrundlast für das Industrieland Deutschland unabdingbar.

-----3-----

Prolog 3: Da die Windhöflichkeit in unserer Region sehr schwach ist und nur geringe Erträge liefert, gibt es zu den normalen Subventionen nach EEG 2023 (§36h) eine Sondervergütung von ca. 50-60 % für schlechte Windstromerträge. In Baden-Württemberg kostet der Windstrom demzufolge bis zu 11,31€ct/KWh. Eine 6 MW-Anlage wird so über 20 Jahre mit etwa 12 Millionen Euro subventioniert.

Frage 3: Werden Sie im Bundestag beantragen, diese wirtschaftlich widersinnige Schwachwindsubvention der bisherigen Bundesregierung ersatzlos zu streichen?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch, MdB (FDP):

Klar ist doch: Statt unwirtschaftliche Projekte zu unterstützen, sollten Investitionen in erneuerbare Energien dort erfolgen, wo sie ökologisch und ökonomisch sinnvoll sind. Die Förderung von Windkraftanlagen an Standorten mit geringem Windaufkommen führt zu einer ineffizienten Mittelverwendung und belastet sowohl Steuerzahler als auch Stromkunden durch höhere Preise.

Ich werde mich deshalb für die Abschaffung solcher überflüssigen Subventionen einsetzen und so eine marktwirtschaftliche und technologieoffene Energiepolitik vorantreiben.

Andi Jung, MdB (CDU):

Die Ampelkoalition hat die Korrekturfaktoren, mit denen die Vergütung je nach Windhöflichkeit nach oben oder nach unten korrigiert wird, für besonders windschwache Standorte bundesweit gesetzlich erhöht und ausgeweitet.

Wir haben dieses Gesetz abgelehnt und werden diese Regelung wieder rückgängig machen. Die Energiewende muss konsequent auf Kosteneffizienz ausgerichtet werden. Das gilt auch für die

Weiterentwicklung der Förderung erneuerbarer Energien. Die EEG-Vergütung muss dabei Schritt für Schritt marktgerechter ausgestaltet werden.

Wilhelm-Ulrich Sander (Freie Wähler)

Selbstverständlich sollen auch die Fördermechanismen auf die unterschiedlichen regionalen Stärken und die daraus resultierenden Strategien eingehen. Das Geld der Steuerzahler soll so effektiv wie möglich eingesetzt werden. Ob die Förderung im Mix mit anderen Quellen nur deutlich minimiert, oder ersatzlos gestrichen werden soll, kann ich derzeit nicht abschließend beantworten.

Dr. Lina Seitzl, MdB (SPD)

Es ist unbestritten, dass besonders wirtschaftsstarke Regionen wie Baden-Württemberg viel Energie brauchen. Die zuverlässigsten und nachhaltigsten Energiequellen sind die Erneuerbaren Energien. Diese können uns kein Krieg und keine Weltkrise nehmen. Deshalb muss der Ausbau der Erneuerbaren Energien dringend vorangehen – sowohl im Bereich der Photovoltaik als auch bei den Windkraftanlagen. Diese Aufgabe muss auch im Landkreis Konstanz erfüllt werden. Die von ihnen erwähnte EEG-Förderung ist daher für die zusätzliche Absicherung unseres Wirtschaftsstandortes mit Windkraft unverzichtbar. Da der Netzausbau von Nord- nach Süddeutschland zögerlich vorankommt, sind wir in Baden-Württemberg auf alle verfügbaren regionalen Energiequellen angewiesen.

Thorsten Otterbach (parteilos) Direktkandidat

Ja, bei der Energieversorgung muss wieder die Marktwirtschaft Einzug halten.

In der Nordsee hat die Bundesregierung bereits die ersten Null-Cent-Ausschreibungen für Offshoreanlagen auf den Weg gebracht, während in Baden-Württemberg noch bis zu 9,62 Cent pro Kilowattstunde produziertem Strom aus Steuergeldern für erneuerbare Energien garantiert werden.

Die Förderung der Erneuerbaren hat die Steuerzahler im Jahr 2024, 23 Mrd. Euro gekostet, also eine vierköpfige Familie 1.080 Euro, zusätzlich zur teuersten Stromrechnung der Welt.

Bundesweit sind deshalb alle Ausschreibungen auf Null-Cent-Zuschuss zu setzen und die Anschlussleitungen zu Windindustrieanlagen und Freiflächenphotovoltaik sind vom Investor zu tragen und nicht vom Steuerzahler. Für jeden Hausebauer ist es selbstverständlich, dass er seine Hausanschlüsse von der Straße ins Haus selbst finanziert und sich diese nicht von der Allgemeinheit bezahlen lässt.

-----4-----

Prolog 4: Der Landkreis Konstanz und sein Steuereinkommen profitieren zu einem wichtigen Teil vom Tourismus. Wenngleich von Ideologen bestritten, ist es logisch und auch faktisch belegt, dass massive, industrielle Überbauungen des Landschaftsbildes den touristischen Wert einer Region beeinträchtigen.

Frage 4: Stellen Sie sich hinter Tourismus und regionale Wirtschaft oder sehen Sie den weiteren Ausbau von Windrädern als wichtiger an?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch, MdB (FDP):

Unsere Region ist die schönste in ganz Deutschland – und das muss selbstverständlich auch so bleiben. Deshalb stelle ich mich klar hinter den Schutz unserer einzigartigen Landschaft.

Ohnehin ist eine industrielle Windrad-Überbauung einer Region mit wenig Windpotenzial wirtschaftlich unsinnig und ökologisch fragwürdig. Für mich steht an erster Stelle: Klimaschutz und Wirtschaft dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sie müssen Hand in Hand gehen. Deshalb muss Klimaschutz so umgesetzt werden, dass er die Besonderheit unserer Region respektiert und wirtschaftlich tragfähige Lösungen vorantreibt.

Andi Jung, MdB (CDU):

Wir leben in einer einzigartigen Naturlandschaft. Wir sind eine starke Wirtschaftsregion.

Der Tourismus spielt bei uns eine wichtige Rolle.

Wir wollen regionale Energieerzeugung stärken und eine starke Landwirtschaft erhalten. All das gilt es zusammen zu bringen. Wie oben beschrieben stehen wir für Offenheit bei der Form erneuerbarer Energieerzeugung und die Windkraft steht nicht über diesen Zielen.

Das bedeutet: In allen Verfahren müssen die Belange von Anwohnern und regionaler Wirtschaft frühzeitig berücksichtigt werden - genauso wie die Belange der Natur und der Arten.

Schon die Regionalplanung muss, anders als bislang erfolgt, alle relevanten Belange berücksichtigen - auch die des Natur- und Artenschutzes. Wo ein entsprechender Schutzvorrang ist, muss schon in der Regionalplanung Klarheit geschaffen werden, dass dort dann keine Windkraft kommen kann. Das darf nicht erst einer Prüfung im weiteren Verfahren überlassen bleiben. Zudem sind nach einer von uns initiierten ersten Korrektur im Januar weitere Änderungen an den gesetzlichen Vorgaben notwendig, um einen Wildwuchs durch ungesteuerten Ausbau außerhalb von Vorranggebieten zu verhindern.

Wilhelm-Ulrich Sander (Freie Wähler)

Den in dieser Frage implizierten absoluten Widerspruch sehe ich nicht.

Der Reichtum unserer Republik wird auch in Zukunft im Wesentlichen von den Arbeitsplätzen in digitalen und industriellen Schlüsselindustrien erwirtschaftet. Daran soll auch unsere Region teilhaben. Die direkt oder indirekt aus dem Tourismus generierten Einnahmen werden nicht ausreichen.

Ich stimme jedoch darin zu, dass diese industriellen Überbauungen nicht die Windräder sein müssen. Zudem müssen sich die Bauten allgemein in das wunderbare Landschaftsbild unserer Region einfügen.

Dr. Lina Seitzl, MdB (SPD)

Die Frage unterstellt einen Widerspruch, der in dieser Form nicht vorhanden ist.

Wir sind eine Tourismusregion und wollen es auch bleiben. Gleichzeitig können Wind- oder PV-Anlagen gebaut werden, die einen entscheidenden Schritt zur Erreichung unserer Klimaziele darstellen und unseren Wirtschaftsstandort und Arbeitsplätze sichern, ohne eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes. Dafür haben wir viele gute Beispiele in der Region, z.B. in Tengen.

Thorsten Otterbach (parteilos) Direktkandidat

Nach dem von mir geplanten Subventionsstopp der Erneuerbaren werden, wenn überhaupt, nur noch sehr wenige Windindustrieanlagen in unserer windarmen Bodenseeregion gebaut werden. Dabei hat für mich unsere Tourismusregion als großer Wirtschaftsfaktor Vorrang.

Nehmen wir als Beispiel die Höri mit nach aktuellen Regionalplanflächen bis zu 24 möglichen Windindustrieanlagen, inklusive der vier auf der Schweizer Seite: In 2023 zählte man hier 350.000 Übernachtungen. Alleine mit 2,80 Euro Kurtaxe am Tag gingen bei einem Rückgang von nur 10 % der Touristen rund 100.000 Euro an Einnahmen für die Aufrechterhaltung der Fremdenverkehrsinfrastruktur pro Jahr verloren. Rechnet man Arbeitsplatzverluste sowie Umsatzverluste und die dadurch entstehenden Steuermindereinnahmen hinzu, dann führt dies alleine auf der kleinen Höri zu einem Millionenverlust.

Für mich sind die dauerhaft hier wohnenden Menschen aber mindestens genauso wichtig: Eine Studie des Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung aus dem Jahr 2019 ergab, dass Einfamilienhäuser, die sich in einem Kilometer Entfernung zu einer Windkraftanlage befinden, durchschnittlich einen Wertverlust von etwa 7,1 % erleiden. In ländlichen Gebieten können ältere Häuser sogar Wertverluste von bis zu 23 % verzeichnen. Erst ab einem Abstand von acht bis neun Kilometern wurden keine signifikanten Auswirkungen mehr auf die Immobilienpreise festgestellt. Zu einem fast deckungsgleichen Ergebnis kam im Jahr 2023 der Hauseigentümergebund der Region Winterthur.

-----5-----

Prolog 5: Die Landwirte in der Region beklagen Pachtpreise für Ackerflächen, bei denen sich der Anbau von Futter und Lebensmittel nicht mehr rentiert, weil die Subventionen für Strom aus Biogas und Photovoltaik die Pachtpreise unbezahlbar gemacht haben. Teil der Konsequenzen sind zunehmender Import von Futter- und Lebensmitteln aus Osteuropa und Südamerika.

Frage 5: Werden Sie einen weiteren Ausbau von Biogas und Freiland-PV befürworten oder angepasst reglementieren und wenn ja, wie?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch, MdB (FDP):

Für mich ist klar: Der Ausbau von Biogas und PV darf nicht auf Kosten unserer Landwirte gehen. Die Entwicklungen in unserer Region betrachte ich daher mit großer Sorge. Gerade hier

muss die Politik – von der Bundes- bis zur kommunalen Ebene – die Expertise der Landwirte viel stärker einbinden. Sie haben nicht nur das unternehmerische Know-how, sondern auch das tiefste Verständnis für den Schutz unserer Landschaft und Natur. Ihr Wissen kann uns helfen, erneuerbare Energien so auszubauen, dass sie wirtschaftlich tragfähig bleiben und gleichzeitig die Landwirtschaft nicht weiter unter Druck setzen.

Ich stehe deshalb dafür ein, dass bestehende Biogasanlagen zukünftig flexibler genutzt werden können, ohne weiter Druck auf landwirtschaftliche Flächen auszuüben. Gleichzeitig müssen wir endlich verstärkt bereits versiegelte Flächen wie Dächer, Parkplätze oder Industriegebiete für Photovoltaik nutzen, um landwirtschaftliche Flächen zu entlasten und gleichzeitig unsere Energieziele zu erreichen.

Andi Jung, MdB (CDU):

Bioenergie kann einen wichtigen Beitrag für sichere und klimafreundliche Energie leisten. Das gilt für den Betrieb von Wärmenetzen und es gilt für Flexibilität in der Stromversorgung. Wir wollen dabei die Potenziale von Abfall- und Reststoffen wie Gülle, Bioabfällen und landwirtschaftlichen Nebenprodukten stärker nutzen, ohne dass mehr Energiepflanzen angebaut werden müssen.

Bei der Photovoltaik muss ein Vorrang von Doppelnutzungen durchgesetzt werden. So gilt es Ackerflächen für den Anbau regionaler Lebensmittel zu bewahren. Hürden, die Photovoltaik-Dachanlagen entgegenstehen, müssen beseitigt werden. Öffentliche Gebäude müssen eine Vorreiterrolle übernehmen.

Die Voraussetzungen zur Überdachung von Parkplätzen müssen verbessert werden. Bürokratische Hürden für die Nutzung von Agri-PV müssen abgebaut werden, damit auf mehr Flächen gleichzeitig Lebensmittel und Sonne geerntet werden kann - so wie das bei dem Bürgerprojekt in Beuren an der Aach umgesetzt wird. Ein Projekt, bei dem in Dingelsdorf Photovoltaik über den Obstplantagen installiert werden soll, scheitert an den gesetzlichen Vorgaben. Sie müssen geändert werden, um solche flächenschonenden Projekte zu ermöglichen. Die von der Ampel beschlossenen Beschränkungen von schwimmender Photovoltaik auf Baggerseen müssen zurück genommen werden. Dafür habe ich mich vehement eingesetzt, es ist aber an den Grünen in Berlin gescheitert - obwohl sich auch Ministerpräsident Winfried Kretschmann bei Robert Habeck und bei Umweltministerin Steffi Lemke für eine Ermöglichung eingesetzt hatte - leider vergeblich. In unserer Region könnten erhebliche Wasserflächen auf dem Baggersee des Kieswerks Radolfzell genutzt werden - ohne dass es zu Beeinträchtigungen von Fischen oder bestehender Gewässerökologie kommt. Mindestens die Hälfte dieser Wasserfläche könnte für schwimmende Photovoltaik genutzt werden - und damit andere Flächen schonen. So bewertet das auch das Landesamt für Umweltschutz Baden-Württemberg. Bei der Freiflächen-Photovoltaik sollen bevorzugt bereits versiegelte Flächen genutzt werden.

Wilhelm-Ulrich Sander (Freie Wähler)

Starre politische Vorgaben zur Stilllegung von land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen lehnen wir ab und befürworten folglich eine angepasste Reglementierung.

Landwirtschaftliche Flächen sind neben anderen Schutzgütern als gleichberechtigtes „Schutzgut zur Ernährung von Mensch und Tier“ zu betrachten. Wir befürworten einen nutzungsintegrierten Ansatz beim Baurecht: Eine neu besiedelte Fläche darf nicht mehr mit einer landwirtschaftlicher Nutzfläche ausgeglichen werden, da diese komplett aus der land-

und forstwirtschaftlichen Nutzung fällt. Auch beim Ausbau für die Energieproduktion wollen wir die Verpflichtungen für Ausgleichsmaßnahmen abschaffen und gezielt Bauprojekte mit doppelter, also zusätzlicher landwirtschaftlicher Nutzung, fördern. Beispielsweise durch „Agri-PV“ oder Freiland-Tierhaltung.

Dr. Lina Seitzl, MdB (SPD)

Biogas und Freiland-PV sind zwei wichtige Bestandteile, die zum Energiemix in Deutschland gehören. Die Förderung des Ausbaus befürworte ich daher. Aber auch hier ist es wichtig, mögliche Interessenskonflikte auszugleichen. Die Sorgen der Landwirte nehme ich sehr ernst und bin daher fortlaufend im Dialog mit ihnen. Die Lösung liegt aus meiner Sicht in größtmöglicher Flexibilität, die besonders den kleinen Familienbetrieben zugutekommt und zusätzliches Einkommen ermöglicht.

Thorsten Otterbach (parteilos) Direktkandidat

Wie bereits beschrieben: Privilegierten Ausbau der Erneuerbaren wir es mit mir nicht mehr geben. Die Energieerzeugung ist auf subventionsfreie Marktwirtschaft umzustellen. Biogas ist für mich nur sinnvoll, wenn es aus Abfällen gewonnen wird. Monokulturen für Biogas lehne ich ab. Photovoltaik gehört auf Dächer statt Äcker.

Es ist doch völlig unsinnig, nach der Industrie nun auch unsere Lebensmittelproduktion ins Ausland zu verlagern. Ich halte es für ein absolutes Unding, dass die wegen Biogasproduktion und Freiflächenphotovoltaik nun in Deutschland fehlenden landwirtschaftlichen Flächen durch Produktion im wasserarmen Spanien oder (dank neuem Freihandelsabkommen mit Südamerika) durch Abholzung des Regenwaldes gewonnen werden.

-----6-----

Prolog 6: Für den ungehinderten Ausbau von Windkraft wurden fast alle Artenschutz-Bestimmungen außer Kraft gesetzt.

Frage 6: **Werden Sie dies so belassen, oder dafür sorgen, dass durch Rücknahme dieser Bestimmungen der Natur wieder angemessener Schutz zukommt?**

Dr. Ann-Veruschka Jurisch, MdB (FDP):

Der Schutz unserer Natur und Artenvielfalt ist für mich nicht verhandelbar. Der Ausbau erneuerbarer Energien darf nicht dazu führen, dass wir den Artenschutz aushebeln – schon gar nicht in unseren schönen Wäldern. Ich setze mich deshalb dafür ein, dass wir den Ausbau der Windkraft mit Augenmaß vorantreiben und dabei naturverträgliche Lösungen insbesondere auch zum Schutz von Populationen finden. Umweltstandards dürfen nicht pauschal aufgeweicht werden, sondern müssen weiterhin eine ausgewogene Abwägung zwischen Klimaschutz und Naturschutz gewährleisten.

Andi Jung, MdB (CDU):

Unsere Natur muss angemessen geschützt werden. Auch angesichts der anderen Herausforderungen bleibt Naturschutz ein wichtiger Wert.

In unserer Region haben wir durch unsere einzigartige Naturlandschaft dafür eine besondere Sensibilität. Bei den Wäldern muss es einen besonderen Schutz geben für alte und naturschutzfachlich wertvolle Wälder, um irreversible Schäden am Ökosystem Wald abzuwenden. Wir setzen uns beim Ausbau der erneuerbaren Energien wie beim Ausbau der gesamten Infrastruktur dafür ein, dass diese im Einklang mit dem Ziel des Natur- und Artenschutzes erfolgen.

Bei den Änderungen der Ampelkoalition in diesem Bereich haben wir kritisiert, dass sowohl die Auflistung der kollisionsgefährdeten Brutvogelarten, die Absenkung der Abstände von Windkraftanlagen zu deren Brutvorkommen sowie die Wirksamkeit von Antikollisionssystemen auf diese Arten nicht ausreichend begründet wurden. Das muss korrigiert werden.

Wilhelm-Ulrich Sander (Freie Wähler)

Artenschutz und Großprojekte werden immer in einem Spannungsverhältnis stehen. Das gilt auch für die Windkraft. Inwieweit das Aufweichen der Artenschutzbestimmungen Arten tatsächlich gefährdet, muss beständig evaluiert werden. Neue Technologien können zudem helfen, einzelne Arten zu schützen: bei der Windenergie nicht nur während des Betriebs, sondern auch bei der Abschaltung. Gelingt dies nicht, müssen Gebiete mit besonderer Gefährdung ausgeschlossen werden, falls sie nicht wie in unserer Region bereits einen adäquaten nachhaltigen Energiemix anbieten können. Damit schließlich beschlossene Projekte aller Art so schnell wie möglich umgesetzt werden, braucht es generell Standards, auf die sich alle berufen können.

Dr. Lina Seitzl, MdB (SPD)

Die Einschätzung, dass fast alle Artenschutzbestimmungen aufgehoben wurden, teile ich nicht. Wir haben einige gute Regelungen gesetzlich verankert, die den Artenschutz stärken und einen guten Ausgleich zwischen energiepolitischen und naturschutzrechtlichen Interessen ermöglichen. Durch Ausgleichsmaßnahmen und gezielten Populationsschutz stärken wir die Arten, die vom Ausbau der Windkraft betroffen sein könnten. Für mich ist der Naturschutz im Einklang mit Windkraft möglich. Damit das gelingt, braucht es eine gut erdachte Regionalplanung.

Thorsten Otterbach (parteilos) Direktkandidat

Die für Windindustrieanlagen aufgeweichten Bestimmungen für Natur- und Artenschutz müssen selbstverständlich zurückgenommen werden. Es ist eine Unmöglichkeit, wie hier die Windindustrielobby mit Unterstützung der „Umweltorganisationen“ BUND und NABU Natur- und Artenschutz aushebeln.

Auch dem Rotorblattabrieb ist mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Sogar der Projektentwickler ABO-Energy, der die Windindustrieanlagen für die Stadtwerke Tübingen auf dem Schienerberg plant, gibt auf seiner Homepage zu, dass es diesen Abrieb gibt, ohne sich näher mit den Folgen für Böden, Trinkwasser und Tierwelt zu beschäftigen. Der Abrieb geht auf einer Fläche

von rund drei Quadratkilometern im Umfeld einer Windindustrieanlage nieder. Alleine auf dem Schienerberg sind also nach Abzug der Schnittflächen bei 5 Anlagen rund 10 Quadratkilometer natürlicher Waldboden von Kontamination durch wohl krebserregenden Rotorblattabrieb betroffen. In der Windanlagenhochburg Rheinland-Pfalz wird bereits vom Verzehr von Wildschweinleber abgeraten. Schadstoffgrenzwerte wurden hier bei Messungen um das bis zu 15-fache überschritten. Völlig irre: Wir bauen immer feinere Filter in unsere Kläranlagen ein, damit weniger Mikroplastik in Flüsse und Meere gelangt, lassen aber zu, dass in der Nordsee tonnenweise Mikroplastik der Offshorewindindustrieanlagen direkt im Meer landet. Hier wurden die Schadstoffe bereits in Muscheln nachgewiesen.

-----7-----

Prolog 7: Mit dem Scheitern der Ampel-Regierung ist auch die bisherige Energiewende mit unbezahlbaren Strompreisen, Wirtschaftsabbau und Arbeitsplatzverlusten fraglos gescheitert. Die Deindustrialisierung und der Verlust von Wirtschaftskraft sind hinlänglich bewiesen, die Strompreise haben sich vervielfacht. In über 20 Jahren sind rund 500 Milliarden Euro ohne eine Verbesserung der CO2-Bilanz verpufft.

Frage 7: Welche Maßnahmen und Technologien planen Sie kurz-, mittel- und langfristig in Bezug auf die bundesweite Energie- und Umweltpolitik?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch, MdB (FDP):

Die Energiepolitik der letzten Jahre hat zu massiv steigenden Strompreisen, wirtschaftlicher Schwächung und Standortverlusten geführt – das muss sich ändern. Ich setze mich deshalb für eine technologieoffene, marktwirtschaftliche Energiepolitik ein, die Versorgungssicherheit gewährleistet und bezahlbare Energie für Bürger und Unternehmen sicherstellt.

Dazu gehört kurzfristig die Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß, der Abbau ineffizienter Subventionen und ein beschleunigter Netzausbau.

Mittelfristig müssen wir Kapazitätsmärkte schaffen, um Gaskraftwerke als verlässliche Brückentechnologie zu fördern, und die Netze durch Digitalisierung effizienter gestalten. Langfristig brauchen wir gezielte Investitionen in Forschung und Entwicklung, um innovative Energietechnologien voranzutreiben und eine nachhaltige sowie wirtschaftlich tragfähige Energieversorgung sicherzustellen.

Andi Jung, MdB (CDU):

Wir müssen Klimaschutz, wirtschaftliche Stärke und soziale Akzeptanz zusammenbringen. In der Energiepolitik müssen wir Versorgungssicherheit, Umweltfreundlichkeit und Bezahlbarkeit zusammen bringen. Wir müssen Nachhaltigkeit stärker als integrativen Teil von Politik verstehen. Gerade wir in unserer Region wissen, wie wichtig Umwelt und Natur für unser Leben und Wirtschaften sind. Das gilt es in Einklang zu bringen.

Bei der Energiewende kann es kein „Weiter so“ geben. Die Weichen müssen grundlegend neu gestellt werden, um sie zum Erfolg zu machen. Kosteneffizienz muss dabei konsequent in den Mittelpunkt gestellt werden.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss systemdienlicher erfolgen und konsequent an den Kosten orientiert gesteuert werden. Entlang dieser Linie wollen die jeweiligen Potenziale aller erneuerbaren Energien nutzen, von Sonne und Wind - aber auch von Bioenergie, Geothermie und Wasserkraft.

Aber auch dann werden wir unserem Energiebedarf nicht vollständig aus erneuerbaren Energien decken können. Für sichere, saubere und bezahlbare Energie brauchen wir weitere Säulen: Der Wasserstoff-Hochlauf muss mit neuem Pragmatismus umgesetzt werden. Das Ziel bleibt grüner Wasserstoff. Aber die Verengung der Ampel darauf ist falsch. Wir müssen für den Wasserstoff-Hochlauf mit Offenheit die Potenziale mobilisieren und dabei etwa auch blauen Wasserstoff aus Gas mit CO₂-Abscheidung nutzen.

Wir müssen uns öffnen für die Technologien der CO₂-Abscheidung. Nur so können wir bestimmte Industrien hier halten. Das ist aber für die Akzeptanz des Wegs zur Klimaneutralität unbedingt erforderlich.

Als verlässlicher Partner erneuerbarer Energien müssen pragmatisch neue Gaskraftwerke auf den Weg gebracht werden, die dann später klimafreundlich umgestellt werden - neben größeren Gaskraftwerken auch dezentrale, modulare Gaskraftwerke.

Neben den Weichen, die mit den heute verfügbaren Technologien konkret gestellt werden können und müssen, setzen wir auf eine technologieoffene Energieforschung. Konkret und umfassend beschreiben wir unsere Positionierung in dem Papier "Die neue Energie-Agenda" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie in unserem Regierungsprogramm von CDU und CSU.

https://www.cducsu.de/sites/default/files/2024-11/241104_Diskussionspapier_Energie_0.pdf und

<https://www.politikwechsel.cdu.de/sites/www.politikwechsel.cdu.de/files/docs/politikwechsel-fuer-deutschland-wahlprogramm-von-cdu-csu-1.pdf>

Wilhelm-Ulrich Sander (Freie Wähler)

Die dezentrale Energieversorgung aus regenerativen Quellen soll bedarfsgerecht ausgebaut werden. Eine detaillierte Gegenüberstellung von Kosten und Nutzen für Betroffen und Umwelt ist von den Übertragungsnetzbetreibern sowie von der Bundesnetzagentur zu erbringen.

Zu den regenerativen Erzeugungsarten gehört auch Biogas, das in den vergangenen Jahren vernachlässigt wurde. Gerade wegen der Steuerbarkeit der Erzeugung sehen wir darin eine wichtige Ergänzung. Die Biogaserzeugung soll so weiterentwickelt werden, dass sie die Biodiversität nicht beeinträchtigt.

Eine kluge, integrierte Energiewende wird Strom-, Wärme- und Erdgasnetze durch die zunehmende Einbindung von Wasserstoff und grünen Gasen in das System verbinden. Die nationalen und europäischen Rahmenbedingungen müssen hierfür so schnell wie möglich definiert werden. Dezentrale Speicherungen und Nutzungen sollen dabei für einen geringen Ausbaubedarf sorgen

Kurzfristig muss für die nächsten Jahre die Abwanderung von Unternehmen gestoppt werden: in knapp zwei Jahrzehnten können die fossilen Energieträger nicht durch grünen Strom ersetzt werden. Größere Unternehmen investieren für mindestens 20 Jahre und benötigen deshalb

Planungssicherheit, sonst wandern sie ab. Deshalb wollen wir zum Klimaschutz keine fixe Jahreszahl-Debatte, sondern eine technologieoffene Ziel-Debatte. Bürokratieabbau, durchgesetzt durch die „One in, two out“-Regel, wird auch Unternehmen, Bürgergenossenschaften und regionale Dienstleister entlasten.

Langfristige Prognosen sind zurzeit schwer zu erstellen. Wichtig wird jedoch eine ideologiefreie Förderung von Forschung, Technologien und Unternehmen sein, die zum Beispiel die Kernfusion einschließen. Besonders die Gründung von Start-ups muss deutlich erleichtert werden. Die Bürger handeln richtig, wenn sie die richtigen Rahmenbedingungen haben. Und der Glaube an Fortschritt und Technologie sollte stärker sein als eine Haltung, die sich vor allem aus Verboten speist.

Dr. Lina Seitzl, MdB (SPD)

Kurz- und mittelfristig ist der Ausbau von Windrädern und PV-Anlagen unverzichtbar. Mittel- bis langfristig will ich den vollständigen Ausstieg aus fossilen Energiequellen ohne einen Wohlstandsverlust erreichen. Natürlich wird das ein ganzes Stück Arbeit werden und ist nicht ohne Kraftanstrengungen der Politik und Akzeptanz der Gesellschaft zu erreichen. Wir haben in den letzten Jahren Weichen für grünen Wasserstoff gestellt und bauen konsequent die notwendige Infrastruktur aus. Wir investieren in unsere Netze und treiben die Wärmewende mit der kommunalen Wärmeplanung voran. Das geht nur, wenn alle politischen Ebenen miteinander im Austausch sind und wir flexible Lösungen vor Ort ermöglichen. Mein Wunsch wäre, dass Länder und Kommunen eine Art Baukasten mit Maßnahmen und Förderprogrammen entwickeln, die sie anwenden können, um ihr Energiemix so zu gestalten, dass der Strom zuverlässig und bezahlbar ist und am vor Ort aus erneuerbaren Quellen kommt. Langfristig will ich erreichen, dass Deutschland und die EU klimaneutral wirtschaften und einen positiven Beitrag zum Klimaschutz weltweit liefern.

Thorsten Otterbach (parteilos) Direktkandidat

Noch ist unsere Energieversorgung auf dem Status Quo funktionsfähig. Daher ist kurzfristig, wie bereits beschrieben, der Ausbau der Erneuerbaren von Planwirtschaft auf Marktwirtschaft umzustellen. Die Stilllegung und der Neubau von Kraftwerken aller Art ist zu stoppen, bis eine Energiestrategie 2045 entwickelt ist, die eine bezahlbare Stromversorgung mit Versorgungssicherheit ermöglicht. Es ist zu prüfen, welche der drei zuletzt stillgelegten Kernkraftwerke noch reaktiviert werden können. Dies ist dann kurz- bis mittelfristig umzusetzen. Ebenso ist die Entwicklung der 4. Generation von Fusionsreaktoren zu beobachten, die wohl in 10 bis 15 Jahren Marktreife haben. Hier setzt man voll auf technische Innovationen: Diese Reaktoren können sich im Falle eines Störfalles eigenständig abschalten. Die Brennstoffe sind beheizt und flüssig. Im Falle eines Störfalles stellt sich automatisch die Heizung ab und die Brennstoffe wechseln in einen festen Zustand, wodurch der Kernspaltungsprozess zum Erliegen kommt. Tschernobyl und Fukushima wären somit nicht mehr möglich. Außerdem sind kleinere dezentrale SMR-Reaktoren möglich. Angereichertes Uran 235 wird durch Natururan und Thorium ersetzt. Beide Rohstoffe kommen weltweit in ausreichender Menge vor.

Ganz peinlich bei der Wahlarena in Radolfzell: Die SÜDKURIER-Moderatoren Schneider und Rau sowie die Bundestagsabgeordneten Jung, Seitzl und Jurisch ziehen die Wiederverwertung des in Deutschland eingelagerten Atommülls ins Lächerliche. Alle fünf sind offensichtlich nicht auf dem Stand der Technik.

Diese neuen Reaktoren machen tatsächlich das in Deutschland geplante Atommüllendlager überflüssig. Während stark angereichertes Uran 235 300.000 Jahre abklingen muss, ist dies bei Natururan schon nach 300 Jahren der Fall. Ich möchte verhindern, dass Deutschland mal wieder eine wichtige technische Innovation verschläft und wirtschaftlich immer weiter ins Abseits gerät. Lassen Sie uns am 23. Februar gemeinsam den Wirtschaftsstandort Deutschland und unseren Wohlstand retten.

Rosa Valerie Buß (GRÜNE):

Trotz E-Mailbestätigung des Zugangs der Fragen und erfolgter Erinnerung keine Antwort.

Bernhard Albert Eisenhut (AfD):

Trotz E-Mailbestätigung des Zugangs der Fragen und erfolgter Erinnerung keine Antwort.

Sebastian Knau (Volt): Herr Knau hat das Format nicht eingehalten und anstatt Beantwortung der Fragen eigene Texte eingeschickt, wodurch der Zusammenhang mit den Antworten der anderen Kandidaten nicht gegeben war.

Radolfzell, den 11. Februar 2025

Markus J.M. Bihler | Sprecher (ViSdP)

Der Fachbeirat Forum Hegau Bodensee:

Prof. Dr. Georg Sonntag, (Weihenstephan a.D.), Forst | Hansjörg Jung, VLABW Abt. Windkraft | Dipl. Ing Ulrich Bielefeld, Landschaftsarchitekt & Gutachter | Dr. Robert Conradt, Physik, wissenschaft. Dokumentationen | Dipl. Math. Ulrich Murschall, Mathematik, Physik | Dr. Martin Dölberg, Biologie | RA Peter Eitze | Leopold Graf Douglas, Hege & Jagd | Dr. rer.nat. Frank Wehner, Physik | Dipl. Ing. Willy Fritz, Physik, Strömungstechnik | Dr. Axel Wasmuth, Literaturwissenschaft | Dr. Albrecht Freiherr v. Stotzingen, PV-Investitionen | Forstdirektor Paul Lübbers, Wald & Forstwirtschaft | Gisela Lejeune-Härtel, Artenschutz | Wolfgang Braun, Landschafts-/Tiefbau | Prof. Dr. Hans-Jürgen Hellwig, Bauplanungs- und Verfahrensrecht | Dr.-Ing. Detlef Ahlborn, Physik, Mathematische Statistik | Prof. Dr. Michael Thorwart, Physik, Univ. Hamburg.

**Gemeinsame Plattform der kommunalen und regionalen Bürgerinitiativen
und Vereine für Erneuerbare Energien im Einklang mit Landschaft und Natur:**

**Landschaftsschutz westlicher Bodensee e.V. | BI Hegaublick | BI VG Stockach | BI Steißlingen |
BI Orsingen-Nenzingen | BI Eigeltingen | BI Freunde der Höri | BI ÜB Owingen | BI Stein am Rhein CH.**

Website: www.forum-hegau-bodensee.de | Facebook: Bürgerinitiativen Hegau-Bodensee